

Stand: 10.02.2026 14:00:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14272

"Subsidiarität Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK)"

Vorgangsverlauf:

1. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14272 des BU vom 08.11.2016
2. Beschluss des Plenums 17/14357 vom 22.11.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 22.11.2016



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK)

COM (2016) 591 final

BR-Drs. 599/16

und

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)

COM (2016) 590 final

BR-Drs. 612/16

I. Beschlussempfehlung:

Im Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei Gesetzgebungsakten der Europäischen Union gibt der Landtag folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) COM (2016) 591 final und den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) COM (2016) 590 final Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert darauf hin zu wirken, dass die Bedenken Eingang in den Be-

schluss des Bundesrats finden.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission greifen unnötig in nationale Hoheitsrechte ein und verstößen daher gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Es besteht keine ausschließliche Kompetenz der EU zur Regelung. Einschlägige Rechtsgrundlage für die Rechtsaktivvorschläge ist Art. 114 AEUV, da sie auf die Verwirklichung des Binnenmarkts für elektronische Kommunikation und dessen Funktionsfähigkeit ausgerichtet sind.

Die mit den Rechtsaktivvorschlägen verfolgten Ziele können auf nationaler sowie regionaler Ebene ausreichend verwirklicht werden, ein Tätigwerden der EU ist daher nicht erforderlich. Die bisherigen Strukturen der Frequenzverwaltung haben sich bewährt. Deutschland ist in vielen der in den Verordnungsvorschlägen angesprochenen Punkte führend (insb. LTE-Ausbau).

Die mit den Rechtsaktivvorschlägen verfolgten Ziele können auf Unionsebene auch nicht besser verwirklicht werden. Mit ihren Vorschlägen will die Europäische Kommission den bisherigen Verbund der nationalen Regulierungsbehörden in Form einer Agentur mit eigener Rechtspersönlichkeit auf EU-Ebene zentralisieren. Gleichzeitig sollen die Aufgaben der Frequenzverwaltung und - regulierung von den Mitgliedstaaten auf EU-Ebene übertragen werden. Die in dem Vorschlag definierten Prozesse würden der Europäischen Kommission die Durchsetzung einer permanenten, annähernd ministeriellen Rechts- und Fachaufsicht über die Mitgliedstaaten erlauben. Eine solche Zentralisierung der Telekommunikations- und Frequenzverwaltung brächte keine Vorteile gegenüber dem bestehenden System. Den angeführten Vorteilen einer zentralen Koordination (genannt werden pauschal „Harmonisierung“, „Vereinheitlichung“, „Kohärenz“) stehen aufwändige, bürokratische und zeitintensive Abstimmungsrunden durch die Zwischenschaltung neuer Institutionen gegenüber, die den Fortschritt in Wirklichkeit verlangsamen und auf ein Mittelmaß des EU-Durchschnitts herabziehen würden. Bei Umsetzung des Vorschlags würde das hohe deutsche Niveau gravierend abgesenkt werden.

Die Rechtsaktivvorschläge verstößen schließlich auch gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Die Implementierung aufwändiger Abstimmungsprozesse zwischen den nationalen Regulierungsbehörden und der GEREK („Peer Review“, s.o.)

hätte eine Bürokratisierung und Verlangsamung bewährter und effizienter Verwaltungsverfahren zur Folge. Diesem erheblichen Mehraufwand steht kein erkennbarer Nutzen gegenüber.

Berichterstatter: **Alex Dorow**
Mitberichterstatter: **Dr. Linus Förster**

II. Bericht:

1. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat sich mit dem Thema befasst, weitere Ausschüsse haben sich nicht daran beteiligt.
2. Der federführende Ausschuss hat die Subsidiaritätsangelegenheit in seiner 50. Sitzung am 08. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung zu der Beschlussempfehlung in I. empfohlen.

Dr. Franz Rieger

Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK)
COM (2016) 591 final

BR-Drs. 599/16

und

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)

COM (2016) 590 final

BR-Drs. 612/16

Drs. 17/14272

Im Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei Gesetzgebungsakten der Europäischen Union gibt der Landtag folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) COM (2016) 591 final und den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) COM (2016) 590 final Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission greifen unnötig in nationale Hoheitsrechte ein und verstößen daher gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Es besteht keine ausschließliche Kompetenz der EU zur Regelung. Einschlägige Rechtsgrundlage für die Rechtsaktvorschläge ist Art. 114 AEUV, da sie auf die Verwirklichung des Binnenmarkts für elektronische Kommunikation und dessen Funktionsfähigkeit ausgerichtet sind.

Die mit den Rechtsaktvorschlägen verfolgten Ziele können auf nationaler sowie regionaler Ebene ausreichend verwirklicht werden, ein Tätigwerden der EU ist daher nicht erforderlich. Die bisherigen Strukturen der Frequenzverwaltung haben sich bewährt. Deutschland ist in vielen der in den Verordnungsvorschlägen angesprochenen Punkte führend (insb. LTE-Ausbau).

Die mit den Rechtsaktvorschlägen verfolgten Ziele können auf Unionsebene auch nicht besser verwirklicht werden. Mit ihren Vorschlägen will die Europäische Kommission den bisherigen Verbund der nationalen Regulierungsbehörden in Form einer Agentur mit eigener Rechtspersönlichkeit auf EU-Ebene zentralisieren. Gleichzeitig sollen die Aufgaben der Frequenzverwaltung und -regulierung von den Mitgliedstaaten auf EU-Ebene übertragen werden. Die in dem Vorschlag definierten Prozesse würden der Europäischen Kommission die Durchsetzung einer permanenten, annähernd ministeriellen Rechts- und Fachaufsicht über die Mitgliedstaaten erlauben. Eine solche Zentralisierung der Telekommunikations- und Frequenzverwaltung brächte keine Vorteile gegenüber dem bestehenden System. Den angeführten Vorteilen einer zentralen Koordination (genannt werden pauschal „Harmonisierung“, „Vereinheitlichung“, „Kohärenz“) stehen aufwändige, bürokratische und zeitintensive Abstimmungsrunden durch die Zwischenabschaltung neuer Institutionen gegenüber, die den Fortschritt in Wirklichkeit verlangsamen und auf ein Mittelmaß des EU-Durchschnitts herabziehen würden. Bei Umsetzung des Vorschlags würde das hohe deutsche Niveau gravierend abgesenkt werden.

Die Rechtsaktvorschläge verstößen schließlich auch gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Die Implementierung aufwändiger Abstimmungsprozesse

zwischen den nationalen Regulierungsbehörden und der GEREK („Peer Review“, s.o.) hätte eine Bürokratisierung und Verlangsamung bewährter und effizien-

ter Verwaltungsverfahren zur Folge. Diesem erheblichen Mehraufwand steht kein erkennbarer Nutzen gegenüber.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaufordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat in seiner Sitzung am 8. November den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation und den Vorschlag für eine Richtlinie über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation beraten und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgestellt, dass hiergegen Subsidiaritätsbedenken bestehen, und beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Der Bundesrat wird die Angelegenheit in seiner Sitzung diesen Freitag beraten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/14272. Die Subsidiaritätsangelegenheit ist in der Ihnen vorliegenden Liste an Nummer 1 aufgeführt.

Außerdem möchte ich auf die Nummer 29 der Liste verweisen. In Abstimmung mit den Fraktionen wird das Antragsbegehr dahin gehend konkretisiert, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, ihren staatlichen Brauereien die Herstellung von Bio-Biersorten zu empfehlen und dem Landtag zu berichten.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. – Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, sonst fahre ich in der Tagesordnung nicht fort.

(Unruhe)

Ich sage zum letzten Mal: Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Wir kommen also jetzt zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktion verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK)
COM (2016) 591 final
BR-Drs. 599/16
und

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)
COM (2016) 590 final
BR-Drs. 612/16

Drs. 17/14272 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Verbesserung des Versicherungsschutzes für Hochwasserschäden
Drs. 17/12147, 17/13967 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

3. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Investitionsförderung für Krankenhäuser verbessern
Drs. 17/12272, 17/14294 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter, Karl Freller u.a. CSU
Elektromobilität in Bayern vorantreiben – E-Busse im ÖPNV fördern
Drs. 17/12421, 17/14291 (ENTH)

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Wildunfälle verhindern!
Drs. 17/12422, 17/13979 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Kathi Petersen u.a. SPD
Bürgerinitiative „Ein Prozent für unser Land“ – Verbindungen zu neurechten Gruppierungen Pegida und Identitäre Bewegung?
Drs. 17/12424, 17/13978 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Suchtprävention bei Jugendlichen –
Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen (3. Durchgang)
Drs. 17/12445, 17/13989 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	A

8. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Nährstoffgehalt im Bodensee –
Wassereinleitung in höhere Wasserschichten forcieren
Drs. 17/12533, 17/14150 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Altersarmut in der Landwirtschaft vorbeugen
Drs. 17/12565, 17/14307 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Agrarmarketing vorantreiben
Drs. 17/12566, 17/14306 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein,
Florian von Brunn u.a. SPD
Runder Tisch zu illegalen Welpentransporten:
Erarbeitung eines detaillierten Ablaufplans
Drs. 17/12602, 17/14136 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Stellenabbau beim Zigarettenhersteller British American Tobacco in Bayreuth
sozialverträglich gestalten – Neue Perspektiven für Standort und betroffene
Arbeitnehmer schaffen
Drs. 17/12615, 17/14292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Stellenabbau bei BAT (British American Tobacco) in Bayreuth –
Arbeitsplätze erhalten, Perspektiven eröffnen und Zukunftspotenziale erschließen
Drs. 17/12616, 17/14293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
BAT: Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und die Stadt Bayreuth zielführend unterstützen
Drs. 17/12617, 17/14295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesentwicklung in Bayern – ökologisch, attraktiv, demokratisch
Drs. 17/12621, 17/14297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD
Zweckentfremdung von Wohnraum stoppen!
Drs. 17/12622, 17/13977 (A)

über den Antrag wurde einzeln in namentlicher Form abgestimmt

17. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Barrierefreiheit in bayerischen Krankenhäusern voranbringen
Drs. 17/12623, 17/14296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
RZWas 2016 nachbessern – Strukturschwachen Kommunen stärker helfen!
Drs. 17/12694, 17/14137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
In der Milchkrise handeln statt „dauergipfeln“ – vorübergehende Streichung der
Umlage gemäß § 22 des Gesetzes über den Verkehr mit Milch,
Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz)
Drs. 17/12711, 17/14305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mögliche Auswirkungen der Einführung neuer Rechnungslegungsstandards
(EPSAS) durch die EU auf Bayern ausleuchten
Drs. 17/12921, 17/14298 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Koordinierung und Bündelung der Kompetenzen im Kampf gegen
Internetkriminalität
Drs. 17/12980, 17/13976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Hackerangriffe aus dem Ausland in die polizeiliche Kriminalstatistik aufnehmen
Drs. 17/12981, 17/13975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gegen Hass im Netz: Rechtsextreme und rassistische Hetze und Vernetzung im Internet bekämpfen
Drs. 17/12988, 17/13974 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Wirtschaftsspionage
Drs. 17/12990, 17/13973 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Bundeswehreinsatz im Inneren
Drs. 17/13013, 17/14289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushalt klar und ehrlich aufstellen
Drs. 17/13018, 17/14299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Militarisierung der Innenpolitik
Drs. 17/13025, 17/14290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Manfred Ländner u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zum Amokeinsatz im Olympia Einkaufszentrum in München
Drs. 17/13032, 17/13972 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Biobier beim Staatlichen Hofbräuhaus und bei der Staatsbrauerei Weihenstephan
Drs. 17/13071, 17/14300 (E)

in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Staatlichen Hofbräuhaus in München und der Staatsbrauerei Weihenstephan zu empfehlen, die Herstellung von Bio-Biersorten unter der Verwendung bayerischer Rohstoffe zu prüfen, und dem Landtag zu berichten.

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Läuft der Antidumping-Schutz vor chinesischen Billigprodukten am 11. Dezember 2016 aus?
Drs. 17/13076, 17/14274 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Harald Güller u.a. SPD
Investitionsplatz soziale Integration im Quartier
Drs. 17/13086, 17/14302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Manfred Ländner u.a. CSU
Sicherheit durch Stärke – erfolgreiche Bekämpfung der Internetkriminalität
Drs. 17/13216, 17/13971 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner u.a. CSU
Erfassung von Auslandsstrafaten im Bereich der Internetkriminalität in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)
Drs. 17/13217, 17/13970 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Finanzierung des Mindestlohns für wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen
Drs. 17/5406, 17/14098

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

35. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Barrierefrei studieren – 2. Schaffung von barrierefreiem Wohnraum
Drs. 17/9529, 17/14100

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfassungsklage zum Länderfinanzausgleich
Drs. 17/13017, 17/14301

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.